

Fragen

für die Fragestunde der 51. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 26. September 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 50	Klein, Karsten (FDP)	68, 69
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 60	Kober, Pascal (FDP)	73, 74
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24
Beeck, Jens (FDP)	78, 79	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 61
Beutin, Lorenz Gösta (DIE LINKE.)	42, 57	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 18
Brandner, Stephan (AfD)	30, 83	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	64, 65	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 82
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12	Luksic, Oliver (FDP)	14
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	51, 52	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	53
Herbst, Torsten (FDP)	56, 67	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	49, 75	Neumann, Martin, Dr. (FDP)	55
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	39, 40	Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 47
Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 54	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77		
Klare, Arno (SPD)	6, 7		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Renner, Martina (DIE LINKE.)	45, 46	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 44
Sauter, Christian (FDP)	70	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	43, 76
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Wagner, Daniela (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11
Schmidt, Uwe (SPD)	8, 9	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	48, 66
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	25, 26	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	58, 59
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	71, 72
Skudelny, Judith (FDP)	16, 17		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	10
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	25
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	26
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	27

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

1. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Was hat die Bundesregierung dafür getan und wird sie angesichts des Umstands tun, dass offenbar bei von den gesetzlichen Krankenkassen angebotenen bzw. finanzierten mobilen Gesundheitsanwendungen wie zum Beispiel der App Vivy personenbezogene Daten (Advertising-IDs etc.), an Google und andere Dienstleister in den USA übermittelt werden (vgl. www.kuketz-blog.de/gesundheits-app-vivy-datenschutz-bruchlandung/), damit besonders im sensiblen Bereich der mobilen Gesundheitsanwendungen, auch und in Zusammenarbeit mit den Akteuren des Gesundheitsbereichs (Krankenkassen etc.), höchste Datenschutzstandards für die eingesetzten Anwendungen gelten und sichergestellt werden?
2. Abgeordnete
**Kordula
Schulz-Asche**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie sieht der Arbeits- und Zeitplan der Bundesregierung im Rahmen der so genannten Konzentrierten Aktion Pflege aus, und welche konkreten Fragestellungen werden die Arbeitsgruppen bearbeiten?
3. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche laufenden Integrations- und Partizipationsmaßnahmen und Forschungsvorhaben werden im Rahmen der Gesamtstrategie der Bundesregierung zur Integration und Teilhabe Geflüchteter durch das Bundesministerium für Gesundheit finanziert?
4. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Kappert-Gonther**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Reform der Hebammenausbildung vorlegen, und hat sich die Bundesregierung bereits entschieden, ob sie die akademische Hebammenausbildung verpflichtend oder nur als freiwillige Option einführen will?
5. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Kappert-Gonther**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wieso sieht die Bundesregierung bei der erneuten Ausschreibung des Anbaus von Cannabis zu medizinischen Zwecken lediglich eine jährliche Anbaumenge von 2 600 kg vor (vgl. Antwort zu Frage 9, Bundestagsdrucksache 19/4095), obwohl im ersten Halbjahr 2018 die Importmenge bereits über 1 600 kg betrug (vgl. Antwort zu Frage 94,

Bundestagsdrucksache 19/4173) und damit absehbar ist, dass die geplante Anbaumenge nach meiner Auffassung den Jahresbedarf nicht abdecken kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

6. Abgeordneter
Arno Klare
(SPD)

Für wie dringlich hält die Bundesregierung eine gesetzliche Regelung zur hygienischen und umweltfreundlichen Wasserver- und -entsorgung von Fernbussen vor dem Hintergrund des enormen Zuwachses des Fernbusverkehrs und der bisher praktizierten „wilden“ Entsorgung an Straßen (www.sueddeutsche.de/panorama/toiletten-im-fernbus-grosses-geschaeft-1.2191622)?
7. Abgeordneter
Arno Klare
(SPD)

Wie könnte nach Auffassung der Bundesregierung eine flächendeckende Einführung von Entsorgungseinrichtungen gewährleistet werden, und welche vorhandene Infrastruktur könnte miteinbezogen werden?
8. Abgeordneter
Uwe Schmidt
(SPD)

Wie häufig sind nach Kenntnis der Bundesregierung bei den durchgeführten Kontrollen von Schiffen unter fremder Flagge im Rahmen der Hafenstaatkontrolle Auffälligkeiten bzw. Verstöße hinsichtlich a) der Einhaltung international vereinbarter Normen für die Sicherheit, b) der Verhütung von Verschmutzung sowie c) der Lebens- und Arbeitsbedingungen an Bord zwischen 2013 und 2017 (bitte jeweils tabellarisch nach Jahreszahl aufschlüsseln) festgestellt worden, und wie wurde jeweils darauf reagiert (vgl. Antwort zu Frage 69 der Fragestunde vom 13. Juni 2018, Plenarprotokoll 19/38)?
9. Abgeordneter
Uwe Schmidt
(SPD)

Wie häufig sind nach Kenntnis der Bundesregierung bei den durchgeführten Prüfungen der Motoren und Abgasnachbehandlungssysteme an Bord von Binnenschiffen im Rahmen von wiederkehrenden oder Sonderuntersuchungen durch die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt bzw.

die Wasserschutzpolizei zwischen 2013 und 2017 (bitte tabellarisch aufführen) Auffälligkeiten bzw. Verstöße festgestellt worden, und wie wurde jeweils darauf reagiert (vgl. Antwort zu Frage 70 der Fragestunde vom 13. Juni 2018, Plenarprotokoll 19/38)?

10. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welchem Stadium befinden sich die Regelungen zur Befahrbarkeit der Elbe in Form eines Abkommens oder Staatsvertrages, wie im Gesamtkonzept Elbe (GKE) vorgesehen, zwischen den Regierungen von Deutschland und der Tschechischen Republik, und wie werden diese Regelungen hinsichtlich der Verbindlichkeit von Fahrnientiefenangaben sowie den im GKE festgelegten Umweltzielen nach derzeitigem Stand ausgestaltet sein?

11. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Einlassung eines Firmensprechers des Flugzeugherstellers Airbus, Fuel Dumping sei „eher eine Frage der Wirtschaftlichkeit als der Sicherheit“ (Kerosinregen über Bayern, Bayerische Staatszeitung, 17. August 2018), vor dem Hintergrund anders lautender Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen auf Bundestagsdrucksachen 18/9917 und 19/477?

12. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung Städten und Gemeinden durch die entsprechenden Regelungen in der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) derzeit erlaubt, im gesamten Stadt- bzw. Gemeindebereich innerorts bzw. in weiten Teilen dieses Bereichs eine Zone 30 zu errichten, und wenn nein, plant die Bundesregierung angesichts konstant hoher Unfallzahlen, zunehmender Luftverschmutzung und verstopfter Straßen in Innenstadtbereichen eine entsprechende Änderung in der StVO, die Städten und Gemeinden die Entscheidung über die Geschwindigkeit in deren Innenstadtbereichen hin zu mehr klima- und menschenfreundlichem Verkehr selbst überlässt?

13. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung weiter an ihrem Ziel fest, dass bis zum Jahr 2020 eine Million Elektro- und Hybridautos auf deutschen Straßen zugelassen sind, vor dem Hintergrund des Fortschrittsberichts 2018 der Nationalen Plattform Elektromobilität, dessen Ergebnis ist, dass dieses Ziel voraussichtlich erst 2022 erreicht wird (bitte begründen), und von welcher Höhe an Elektro- und Hybridautos geht die Bundesregierung für die Jahre 2020, 2022, 2025 und 2030 jeweils aus?
14. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Aus welchem Grund wurde nach Kenntnis der Bundesregierung der bisherige „Garagenerlass“ über den Transport von Fertiggaragen zurückgenommen und damit die Beförderung von zwei Fertiggaragen im Zug-Verfahren per Lkw verboten (https://vbf-nord.de/component/jdownloads/send/3-publikationen/450-ausgabe-6-2016-punktumbetonbauteile?option=com_jdownloads)?
15. Abgeordneter
**Stephan Kühn
(Dresden)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Frage, ob die Erhebung der Lkw-Maut durch einen privaten Dritten wirtschaftlicher ist als der Eigenbetrieb durch den Staat, den Mitgliedern des Verkehrs- und Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages unverzüglich nach Abgabe der finalen Angebote der im Vergabeverfahren beteiligten Bieter ungeschwärzt und in vollem Umfang zugänglich gemacht, oder werden die entsprechenden Unterlagen den Ausschussmitgliedern erst nach Abschluss des Vergabeverfahrens – voraussichtlich gegen Ende des Jahres 2018 – zugänglich gemacht?
16. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Welche kooperativen Projekte und Zielvereinbarungen mit der Industrie werden von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer und Bundesumweltministerin Svenja Schulze im Hinblick auf die Luftreinhaltung gefördert, um mit möglichst geringen Eingriffen in das Eigentum von Diesel-fahrerinnen und Dieselfahrern die EU-Grenzwerte einzuhalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

17. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Welche konkrete Forderung hatte die Bundesumweltministerin Svenja Schulze zur Erklärung zu Plastikmüll auf dem G7-Gipfel in Halifax, und welches Verhandlungsergebnis konnte erreicht werden?
18. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welche Reduktionsziele in den Jahren 2025 und 2030 setzt sich die Bundesregierung in den Verhandlungen über den Vorschlag der EU-Kommission zur CO₂-Regulierung von neuen Pkw und neuen leichten Nutzfahrzeugen nach 2021 (vgl. Ratsdok. 14217/17) insbesondere angesichts des Ziels der Bundesregierung, die Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich bis 2030 um 40 bis 42 Prozent gegenüber 1990 zu verringern, jeweils ein, und inwiefern setzt sich die Bundesregierung zudem dafür ein, die stärkere Anrechnung von Elektrofahrzeugen („ZLEV-Faktor“) zu streichen, um eine Abschwächung der herstellereinspezifischen Reduktionsziele zu vermeiden?
19. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass die auf einzelne Jahre heruntergerechneten CO₂-Reduktionsziele im Vorschlag der EU-Kommission zur CO₂-Regulierung von neuen Pkw und neuen leichten Nutzfahrzeugen nach 2021 (vgl. Ratsdok. 14217/17) geringer ausfallen als die auf einzelne Jahre heruntergerechneten CO₂-Reduktionsziele in der aktuellen Regulierung, und von welchen CO₂-Einsparungen bis 2030 geht die Bundesregierung bei einer Umsetzung des Kommissionsvorschlags im Gegensatz zur Beibehaltung der aktuellen Regulierung aus?
20. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist die Bundesregierung der Überzeugung, dass das im Vorschlag der EU-Kommission zur CO₂-Regulierung von neuen Pkw und neuen leichten Nutzfahrzeugen nach 2021 (vgl. Ratsdok. 14217/17) geplante Anreizsystem für Autohersteller, die bis 2025 mehr als 25 Prozent und bis 2030 mehr als 30 Prozent emissionsfreie bzw. emissionsarme Fahrzeuge verkaufen, zu einem zusätzlichen Beitrag bei der CO₂-Reduktion führen wird, den es ohne dieses Anreizsystem nicht

geben würde, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung vor diesem Hintergrund daraus, dass bestimmte Automobilhersteller ohnehin ähnliche oder gar ambitioniertere Anteile von Elektroautos angekündigt haben, sodass das vorgeschlagene Anreizsystem lediglich zu Mitnahmeeffekten führen könnte (www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2017/Klimaschutzszenarien/Agora_Verkehrswende_Pkw-CO2-Regulierung_web.pdf)?

21. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern tritt die Bundesregierung dafür ein, dass Automobilhersteller die Nutzung synthetischer Kraftstoffe im Verkehr nicht auf die im Vorschlag der EU-Kommission zur CO₂-Regulierung von neuen Pkw und neuen leichten Nutzfahrzeugen nach 2021 (vgl. Ratsdok. 14217/17) vorgesehenen CO₂-Reduktionsziele anrechnen lassen können, weil sie sonst weniger ambitionierte Reduktionsziele erreichen müssten, und welche Meinung vertreten andere Mitgliedstaaten im EU-Umweltrat nach Kenntnis der Bundesregierung?

22. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern wird sich die Bundesregierung in den Verhandlungen über den Vorschlag der EU-Kommission zur CO₂-Regulierung von neuen Pkw und neuen leichten Nutzfahrzeugen nach 2021 (vgl. Ratsdok. 14217/17) für einheitliche Reduktionsziele anstelle herstellerspezifischer Reduktionsziele einsetzen, und inwiefern unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag der EU-Kommission, dass Automobilhersteller die CO₂-Emissionsreduktion nicht über die Erreichung von absolut festgesetzten CO₂-Grenzwerten erreichen müssen, sondern über prozentuale Reduktionsvorgaben?

23. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit den Kontakt zu den Lüftungs- bzw. Brandschutzexperten suchen, die in der Berichterstattung des Recherchezentrums Correctiv und RTL-Nachtjournals vom 13. September 2018 mit offener Namensnennung Kritik am aktuellen Brandschutzzustand auch hiesiger Atomkraftwerke (AKW) geäußert haben, um dieser Kritik weiter nachzugehen (ggf. bitte konkret darlegen mit Begründung), und wie hoch ist in den sieben hiesigen AKW, die noch eine Berechtigung zum Leistungsbetrieb haben, in den

der atomrechtlichen Genehmigung unterliegenden Kraftwerksbereichen der Anteil der seit Inbetriebnahme ausgetauschten Brandschutzklappen an deren Gesamtzahl in absoluten Zahlen?

24. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Zeitplan der französischen Regierung, die Reduktion des Atomstromanteils im französischen Strommix zu konkretisieren bzw. konkrete Abschaltdaten für einzelne Atomkraftwerke zu definieren (bitte insbesondere die nächsten Etappen mit zeitlicher Angabe angeben), und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass es wünschenswert wäre, wenn die französische Regierung die rechtliche Verknüpfung zwischen der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Flamanville 3 und der Stilllegung der Atomkraftwerke Fessenheim 1 und 2 aufheben würde, um letztere zu beschleunigen (bitte begründen; vgl. französisches Regierungsdekret 2017-508 vom 8. April 2017)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

25. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Inwiefern unterstützt die Bundesregierung den Abschluss eines Abkommens zwischen dem Forest Carbon Partnership Facility (FCPF) der Weltbank, an dem die Bundesregierung beteiligt ist, und dem Umweltministerium der Demokratischen Republik (DR) Kongo über ein Programm zur Reduktion von Treibhausgasemissionen (Emissions Reductions Programme Agreement – ERPA) für die Region Mai-Ndombe im Rahmen der Umsetzung einer REDD+-Strategie in der DR Kongo (www.forestcarbonpartnership.org/democratic-republic-congo-breathes-new-life-degraded-landscapes-0), welcher laut Informationen, die Umweltaktivisten an mich herangetragen haben, kurz bevorsteht und u. a. die Ausstellung von Kohlenstoff-Gutschriften an die Teilhaber des FCPF vorsieht, und wie wird nach Auskunft der Bundesregierung im Rahmen des Abkommens auch eine ausreichende Beteiligung lokaler Gemeinschaften an einem gerechten Vorteilsausgleich (benefit-sharing) sichergestellt – insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Verhandlungen zu dem Abkommen laut Informationen

der Umweltaktivisten hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss der Zivilbevölkerung stattfinden?

26. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Inwiefern wird die Bundesregierung am 28. September 2018 im UN-Menschenrechtsrat die Verabschiedung der Erklärung der „Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten“ unterstützen (www.fian.de/artikelansicht/2018-09-18-pressemitteilung-bundesregierung-muss-un-erklaerung-fuer-kleinbauern-unterstuetzen/), wie u. a. das Europäische Parlament die EU-Mitgliedstaaten am 29. Mai 2018 aufgefordert hat (www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A8-2018-0194+0+DOC+XML+V0//DE), bzw. welche besseren Alternativen sieht die Bundesregierung, um ihre Unterstützung für Kleinbauern, die insbesondere auch Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller zu einem zentralen Eckpfeiler seiner Politik erklärt hat (siehe beispielsweise www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=11259:welternaehrung-bmz-sonderinitiative-muss-kleinbauern-in-afrika-echte-entwicklungschancen-bieten-2&catid=14&Itemid=88), auf internationaler Ebene unterstreichen?*

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

27. Abgeordneter
**Dr. Konstantin
von Notz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung den Politologen Martin Wagener für geeignet, an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung/Außenstelle Haar/Abteilung BND (Bundesnachrichtendienst) weiterhin BND-Mitarbeiter auszubilden, obwohl Wagener in seinem neuen Buch einen schwer bewachten „neuen Schutzwall“ Deutschlands gegen Flüchtlinge forderte, da „die Vertreter der politisch-medialen Elite“ untauglich auf hiesige Integration von Flüchtlingen setzten und hofften, die Deutschen würden sich gewöhnen an angeblich durch offene Grenzen zugenommene „Terroranschläge, Wohnungseinbrüche, Vergewaltigungen und andere Verbrechen“ (vgl. rbb, 9. September 2018, www.presseportal.de/pm/51580/4056112, Saarbrücker Zeitung, 9. September 2018,

* Siehe auch Frage 54

www.saarbruecker-zeitung.de/ausbilder-des-bnd-und-frueherer-trierer-professor-fordert-schutzwall-fuer-deutschland_aid-32829907), und welche Maßnahmen (z. B. dienstrechtliche oder andere zum Schutz der BND-Studierenden vor Indoktrination) wird die Bundesregierung angesichts dessen nun ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

28. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen jährlichen Steuerausfällen rechnet die Bundesregierung durch die im Entwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (Bundratsdrucksache 372/18) geplante Halbierung der Bemessungsgrundlage von 1 auf 0,5 Prozent bei der privaten Nutzung von Elektro- und Hybrid-elektrofahrzeugen bei der Dienstwagenbesteuerung nach § 6 Absatz 1 Nummer 4 des Einkommensteuergesetzes, und wie viele Steuereinnahmen würden nach Kenntnis der Bundesregierung pro Jahr verloren gehen, wenn die Halbierung der Bemessungsgrundlage von 1 auf 0,5 Prozent auf die private Nutzung von Dienstfahrrädern und Dienstelektrofahrrädern ausgeweitet würde?
29. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Werden die Eckpunkte, welche die Bundesregierung laut Äußerungen des Bundesfinanzministers Olaf Scholz bis zum Jahresende zur Reform der Grundsteuer vorlegen wird (vgl. Plenarprotokoll 19/47, S. 4952), auch einen Vorschlag zur „Einführung einer Grundsteuer C“ (Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 107) enthalten, wie es der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vorsieht, und welche Gespräche werden mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder und Kommunen zur Wiedereinführung einer Grundsteuer C bis zum Jahresende 2018 stattgefunden haben?

30. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, auf welche Höhe sich die aggregierten Gewinne aller Sparkassen jeweils pro Bundesland belaufen, und wie bewertet die Bundesregierung die fortgesetzten Filialschließungen der Sparkassen angesichts des ihnen obliegenden öffentlichen Auftrags?
31. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung im Vorfeld der Einbringung des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Bundestagsdrucksache 19/3440) Gespräche mit den einzelnen Fraktionen des Deutschen Bundestages wie auch den Bundesländern geführt, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit sicherzustellen, und wenn ja, was waren die Ergebnisse dieser Gespräche?
32. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum beinhaltet der Gesetzentwurf zur Sonderabschreibung für Abnutzung (Sonder-AfA) für Mietwohnungsbau keine Mietobergrenze für den geschaffenen Wohnraum, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass so bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, obwohl „insbesondere die privatwirtschaftlichen und börsennotierten Wohnungsunternehmen [nach Aussage der Bundesregierung] an Renditen orientiert“ sind (Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 5 und 6 auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/11919) und bezahlbare Mieten dem entgegenstehen, besonders dort, wo bezahlbarer Wohnraum knapp und sowohl die Baufertigstellungen als auch die Mieten- und Renditeerwartungen hoch sind (Bundestagsdrucksache 19/3945)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

33. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum waren beim Wohngipfel im Bundeskanzleramt am 21. September 2018 neben dem Deutschen Mieterbund e. V. keine weiteren Akteure von Sozialverbänden, Mieterinitiativen und Verbraucherverbänden vertreten (vgl. Antworten zu den Fragen 6 bis 14 auf Bundestagsdrucksache 19/4064)?
34. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern trägt die Bundesregierung mit dem Maßnahmenpaket des Wohngipfels dazu bei, Mieter und Mieterinnen, die akut von Verdrängung bedroht sind, davor zu schützen, und hält sie, falls sie Maßnahmen ins Auge fasst, diese für ausreichend?
35. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat die Bundesregierung in der EU-Kommission zu deren am 13. September 2018 vorgelegten Legislativvorschlag zur Stärkung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) votiert, wonach diese EU-Grenzschutzbehörde künftig in EU-Mitgliedstaaten ohne deren Zustimmung – also gegebenenfalls auch gegen deren Willen – bewaffnete „Abschiebeteams“ einsetzen solle sowie Deutschland ab dem Sommer 2019 dieser Behörde 1 277 bewaffnete Grenzschützer zu unterstellen habe (vgl. DIE WELT, 10. September 2018; dpa, 13. September 2018), und wie beurteilt die Bundesregierung die Rechtmäßigkeit dieser Befugnis zur Einschränkung nationaler Souveränität?
36. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchem Ministerium der marokkanischen Regierung und mit welcher Abteilung innerhalb dieses Ministeriums arbeitet das Bundesinnenministerium bei der Koordination von Abschiebungen zusammen?

37. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob abgeschobene marokkanische Asylbewerber, die in Deutschland straffällig geworden sind, nach der Ankunft in ihrem Heimatland für die in Deutschland begangenen Straftaten belangt werden?
38. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen sollen nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der geplanten Kooperation im Bereich Migration mit Ägypten vereinbart werden (www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingspolitik-eu-dringt-auf-fluechtlingskooperation-mit-kairo-a-1229053.html), und hat die ägyptische Regierung nach Kenntnis der Bundesregierung Bereitschaft signalisiert, so genannte Ausschiffungsplattformen im Land einzurichten?
39. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Inwieweit folgt nach Auffassung der Bundesregierung aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 19. Juni 2018 in der Rechtssache C-181/16 („Gnandi“) ein praktischer bzw. rechtlicher Änderungsbedarf in Bezug auf Deutschland, soweit Rechtsmittel in Bezug auf eine Rückkehrentscheidung keine automatische aufschiebende Wirkung haben (vgl. www.asyl.net/view/detail/News/anmerkung-zum-eugh-urteil-gnandi-online-umfassender-rechtsschutz-im-asylverfahren/, bitte nachvollziehbar begründen), und inwieweit bestehen diesbezüglich gegebenenfalls unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bzw. dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (gegebenenfalls die unterschiedlichen Positionen unter Berücksichtigung der Frage der Federführung zur Umsetzung der genannten Entscheidung darstellen)?
40. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie ist der aktuelle Stand der Bearbeitung von Anträgen auf Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten (bitte ausführen und konkrete Zahlen nennen, etwa zu Terminanfragen bei den Auslandsvertretungen, bearbeiteten und genehmigten Anträgen nach § 36a des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG, erteilten Visa nach § 36a bzw. § 22 AufenthG usw.), und inwieweit ist die Bundesregierung zu dem Eingeständnis bereit, dass vor dem Hintergrund von zuletzt 40 672 entsprechenden Terminanfragen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4173, Antwort zu Frage 34) die vom damaligen CSU-Chef und jetzigen Bundesminister des

Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, in die Koalitionsverhandlungen eingebrachte Einschätzung, wonach über den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten zusätzlich mehrere hunderttausende Menschen nach Deutschland kommen könnten (www.merkur.de/politik/csu-warnt-vor-hunderttausenden-durch-familiennachzug-ist-wirklich-dran-zr-9371139.html), offenbar falsch und die Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) (a. a. O.) bzw. von mir (www.ulla-jelpke.de/2018/01/zahlen-der-bundesregierung-zeigen-beim-umstrittenen-familiennachzug-geht-es-um-etwa-60-000-menschen/), es gehe dabei um etwa 60 000 Menschen, offenbar weitaus realistischer war, zumal davon ausgegangen werden kann, dass die Mehrzahl der Familienangehörigen, die zu subsidiär Schutzberechtigten nachziehen möchten, eine entsprechende Terminanfrage gestellt hat (bitte ausführlich begründen)?

41. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird beim Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten eine gleichmäßige Verteilung auf die Bundesländer sichergestellt?
42. Abgeordneter
Lorenz Gösta Beutin
(DIE LINKE.)
- War bzw. waren bei den bisherigen Einsätzen in diesem Herbst im Hambacher Forst Bundespolizei oder andere Einsatzkräfte, die dem Geschäftsbereich einer Bundesbehörde zuzuordnen sind, beteiligt, und wenn ja, in wessen Auftrag?
43. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Welche Kosten hat der aktuelle Polizeieinsatz am Hambacher Wald vom 1. September 2018 bis zum 25. September 2018 bei der Bundespolizei und nach Kenntnis der Bundesregierung bei den beteiligten Polizeikräften der Länder verursacht?
44. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus Medienberichten (<https://meedia.de/2018/09/17/hambacher-forst-journalisten-beklagen-behinderungen-durch-polizei-djv-uebt-kritik/>) über Journalistinnen und Journalisten, die bei ihrer Arbeit im Hambacher Forst durch die Polizei behindert wurden, und

- welche Maßnahmen erachtet sie als notwendig, um derlei Behinderungen durch die Polizei in Zukunft vorzubeugen?
45. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, zu welchem Zeitpunkt die „BILD“-Zeitung Hans-Georg Maaßen bzw. dessen Büro mit der Bitte um Bewertung der bisherigen Berichterstattung zu den Ereignissen in Chemnitz am 26. und 27. August 2018 kontaktiert hat?
46. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, welche Stellen von Hans-Georg Maaßen bzw. dessen Büro vor der Autorisierung der Zitate, die eine Bewertung der Aussagen des Regierungssprechers der Bundesregierung beinhalteten, kontaktiert wurden (bitte jeweils den Zeitpunkt angeben)?
47. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gab oder gibt es, auch vor dem Hintergrund entsprechender Ausführungen während der Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 6. Juni 2018, über die u. a. netzpolitik.org am 12. Juli 2018 berichtet hatte (vgl. <https://netzpolitik.org/2018/geheime-sitzung-im-bundestag-regierung-verweigert-jede-antwort-ueber-staatstrojaner-firmen/>), nach Kenntnis der Bundesregierung eine Anfrage des Bundeskriminalamts (BKA) an die ZITiS – Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich, bei der Erstellung einer Software für die sogenannte Onlinedurchsuchung durch das BKA behilflich zu sein, und, sollte dies der Fall sein, wie lautet diese angefragte Hilfestellung der ZITiS gegenüber dem BKA im Wortlaut?
48. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Inwiefern plant die Bundesregierung eine gesetzliche Grundlage zur statistischen Erhebung von Eheschließungen, Scheidungen und gemeinsamer Adoption, die zwischen heterosexuellen und gleichgeschlechtlichen Paaren unterscheidet?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

49. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern ist es der Standpunkt der Bundesregierung, den Wiederaufbau in Syrien und eine groß angelegte Rückkehr von Flüchtlingen nicht zu unterstützen, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Pläne der Russischen Föderation zur Eröffnung eines Flüchtlingszentrums in Syrien zur Aufnahme, Zuteilung und Unterbringung von bis zu 1,7 Mio. Flüchtlingen?
50. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Findet die Bundesregierung die Berichte von Human Rights Watch glaubhaft, wonach in der Türkei begangene Verstöße gegen das Non-Refoulement-Gebot der Genfer Flüchtlingskonvention durch Nichtregistrierung und Zurückweisung von syrischen Geflüchteten (www.hrw.org/news/2018/07/16/turkey-stops-registering-syrian-asylum-seekers) geschehen, und in welchen konkreten Gesprächen oder Treffen hat sie dieses gegenüber der türkischen Regierung zum Ausdruck gebracht?
51. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus einer möglichen Schließung des EU-Hotspots Moria auf Lesbos in Griechenland (www.handelsblatt.com/politik/international/aegaeis-inseln-griechenlands-fluechtlingslager-versinken-im-chaos/23069088.html?ticket=ST-13391535-ilbSsxolhyrXdoXbdaLb-ap2)?
52. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem anhaltenden Konflikt zwischen Kanada und Saudi-Arabien anlässlich der Kritik Kanadas an der Verhaftung von Samar Badawi, der Schwester des inhaftierten Bloggers Raif Badawi, und in welcher Weise hat sie Kanada bisher in dieser Auseinandersetzung unterstützt (www.sueddeutsche.de/politik/kanada-saudi-arabien-1.4086948)?

53. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Androhung von Sanktionen gegenüber Richterinnen und Richtern des Internationalen Strafgerichtshofs durch den Verbündeten USA, und sieht sie Anlass für eine deutsche Reaktion zur Verteidigung der Autorität des Gerichts (www.tagesschau.de/ausland/usa-istgh-103.html)?
54. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie unterstützt die Bundesregierung die zeitnahe Verabschiedung der „Erklärung der Rechte von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten“ (VN-Kleinbauernerklärung), die jüngst auch durch eine Resolution des Europäischen Parlaments unterstützt wurde (www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A8-2018-0194+0+DOC+PDF+V0//DE), und was spricht aus Sicht der Bundesregierung gegen die Verabschiedung einer weitreichenden VN-Kleinbauernerklärung, in der der Schutz und die Stärkung der Rechte marginalisierter Gruppen in ländlichen Regionen Priorität genießen?*

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

55. Abgeordneter
Dr. Martin Neumann
(FDP)
- Hat sich Ronald Pofalla in seiner Funktion als Vorsitzender der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung über ein zeitliches Konzept für den Kohleausstieg unmittelbar mit der Bundesregierung abgestimmt, und wenn ja, in welcher Form?
56. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele Arbeitstage verwendete der Vorsitzende der Kohlekommission, Ronald Pofalla, nach Kenntnis der Bundesregierung bisher im Jahr 2018 für seine Tätigkeiten im Rahmen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

** Siehe auch Frage 26

sowie beim Petersburger Dialog, und wie viele Arbeitstage werden es nach Kenntnis der Bundesregierung im weiteren Jahresverlauf sein?

57. Abgeordneter
Lorenz Gösta Beutin
(DIE LINKE.)
- Billigt die Bundesregierung die Räumung der Baumhäuser von Klima-Aktivisten im Hambacher Forst durch Polizeikräfte aus dem gesamten Bundesgebiet und die anschließend geplante Rodung angesichts der Gefahr, dass die Umweltverbände ihre weitere Mitarbeit in der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung möglicherweise zur Disposition stellen, falls im Hambacher Forst „Fakten geschaffen“ werden?
58. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung ihren Einfluss geltend machen, damit geplante Rodungen im Hambacher Forst für den Zeitraum der Beratungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung ausgesetzt werden, um die Zusammensetzung der Kommission sowie den Dialog in der Kommission nicht zu gefährden und auf ein gemäßigtes Gesprächsklima mit dem Ziel einer Einigung hinzuwirken (bitte ausführen)?
59. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung ihren Einfluss geltend machen, um die Verhandlungen in der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung ergebnisoffen in der Weise zu gestalten, dass auch die Möglichkeit berücksichtigt wird, auf den Abbau von Braunkohle unter dem Hambacher Forst gänzlich zu verzichten, wie es ein wissenschaftliches Szenario des Kohleausstiegs des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW Berlin, DIW Wochenbericht 33/2018) vorlegte (bitte ausführen)
60. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Woraus resultiert die weitere Verzögerung der Veröffentlichung der im Strommarktgesetz vorgesehenen Überprüfung der Stilllegung von Braunkohlekraftwerken bis zum 30. Juni 2018 zur Erreichung der Klimaschutzziele 2020 (siehe Antwort

auf meine Schriftliche Frage 81 auf Bundestagsdrucksache 19/3384), und welche Einsparung wird nach Auswertung der Bundesregierung durch die sogenannte Sicherheitsbereitschaft erzielt?

61. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die in der Kohlekommission diskutierte Stilllegung von Kohlekraftwerken mit einer Leistung von 5 bis 7 Gigawatt (siehe www.spiegel.de/wirtschaft/kohleausstieg-kohle-kommission-verstaendigt-sich-auf-2038-a-1228162.html) im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, die CO₂-Emission und den Braunkohlebedarf, und hätte eine solche Maßnahme auch eine Wirkung auf den Tagebau Hambach?
62. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung zur Klärung der Zuständigkeit des Schiedstribunals im Vattenfall-Schiedsverfahren (ICSID-Fall ARB/12/12) den Fall dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorzulegen und vor dem Schiedstribunal des ICSID einen Antrag auf Aussetzung des Schiedsverfahrens bis zur Klärung der Zuständigkeit zu stellen, vor dem Hintergrund, dass das Tribunal in seiner Teilentscheidung den Einspruch der Bundesregierung zurückgewiesen hat und sich trotz des Achmea-Urteils des EuGH für zuständig erklärt hat und die Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 47 auf Bundestagsdrucksache 19/2922 geantwortet hat, dass sie, falls eine Vorlage vor dem EuGH nötig wird, einen Antrag auf Aussetzung des Verfahrens stellt?
63. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass im Mandat für die Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen den USA und der EU das Pariser Klimaschutzübereinkommen als wesentlicher Bestandteil des Abkommens verankert wird, wie es vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron gefordert wird (www.spiegel.de/politik/ausland/emmanuel-macron-zu-manfred-weber-man-kann-nicht-gleichzeitig-merkel-und-orban-unterstuetzen-a-1226935.html), und wird sich die Bundesregierung für eine Veröffentlichung des Verhandlungsmandats vor dem Beschluss des Rates einsetzen?

64. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Ist die Genehmigung des Exports unter anderem von vier Aufklärungsradarsystemen für Artilleriegeschütze an Saudi-Arabien sowie 48 Gefechtsköpfen und 91 Zielsuchköpfen für schiffsgestützte Flugabwehrsysteme an die Vereinigten Arabischen Emirate (www.haz.de/Nachrichten/Wirtschaft/Deutschland-Welt/Saudi-Arabien-erhaelt-weitere-deutsche-Waffensysteme) mit der Festlegung im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode vereinbar, wonach die Koalition „ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen [will], solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind“ (Koalitionsvertrag, Zeilen 7040/7041)?
65. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Um die Ausfuhr welcher Technologie für Teile von Leichten Waffen an das Unternehmen TDW Gesellschaft für verteidigungstechnische Wirksysteme mbH in die Türkei in einem Gesamtwert von 290 000 Euro ging es bei den im ersten Halbjahr 2018 von der Bundesregierung erteilten zwei Genehmigungen (Bundestagsdrucksache 19/4129, Antwort zu Frage 19) (bitte Empfänger der Technologie, Verwendungszweck und Formen der Technologie wie z. B. Lizenzen oder technische Zeichnungen für Betrieb, Reparatur und Wartung angeben), und inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung (auch nachrichtendienstlichen) zu, dass mittels der genehmigten Technologietransfers von TDW in die Türkei der türkische Rüstungskonzern Roketsan in die Lage versetzt wurde, die Massenproduktion der neuen OMTAS-Rakete (Mizrak O) mit Gefechtssprengköpfen auszustatten (www.janes.com/article/82573/roketan-begins-serial-production-of-omtas-atgm), die in Helikopter, Drohnen, leichte Kampfflugzeuge, Fahrzeuge, feste Plattformen und Seeplattformen integriert werden können (www.migazin.de/amp/2014/03/10/tobb-palaestina-tuerkei-ataturk/)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

66. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Verfügt die Bundesregierung über einen Zeitplan bezüglich der Prüfung und Umsetzung des Reformbedarfs, der sich aus dem Abschlussbericht des Arbeitskreises Abstammungsrecht ergibt (www.bmjust.de/SharedDocs/Artikel/DE/2017/070417_AK_Abstammungsrecht.html)?
67. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Plant die Bundesregierung eine Ergänzung des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder des Minderheiten-Namensänderungsgesetzes, die es verheirateten sorbischen Frauen ermöglicht, den Nachnamen ihres Ehemannes unter Hinzufügung der nach sorbischer Tradition üblichen Endung „owa“ anzunehmen, und wenn nein, warum nicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

68. Abgeordneter
Karsten Klein
(FDP)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung in der Frage der Anrechnung des bayerischen Familiengeldes auf Hartz-IV-Leistungen?
69. Abgeordneter
Karsten Klein
(FDP)
- Wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Geld von bayerischen Kommunen zurückfordern, wenn diese das Familiengeld auszahlen oder ausgezahlt haben, ohne es auf Hartz-IV-Leistungen anzurechnen?
70. Abgeordneter
Christian Sauter
(FDP)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung infolge des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Mai 2018 über die „Pflicht zur Abgabe landwirtschaftlicher Höfe als Voraussetzung eines Rentenanspruchs“ (1 BvR 97/14,

1 BvR 2392/14), und wird sie den betroffenen Landwirten den Erhalt ihrer verdienten Altersrente ermöglichen?

71. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils der Anteil der Agenturen für Arbeit, der Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Bundesministerien sowie der Bundesbehörden (einschließlich der Bundeskörperschaften des öffentlichen Rechts), bei denen jeweils folgende Merkmale der Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen erfüllt sind: Blindenleitsysteme in den Gebäuden, Testpläne in den Gebäuden, Mitnahmemöglichkeit für Blindenhunde, barrierefreie Homepage, verfügbare barrierefreie Unterlagen (beispielsweise geeignete Antragsformulare, die ohne fremde Hilfe ausgefüllt werden können), Möglichkeit der barrierefreien Kommunikation (beispielsweise in Blindenschrift und per E-Mail)?
72. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung (falls ihr bekannt) den Bericht der Inneren Revision der Bundesagentur für Arbeit vom 27. Juni 2018 mit dem Titel „Reha (Wiedereingliederung) – Horizontale Revision“, Az.: 11-3405 (2016-2-08), der sich auf den Revisionszeitraum vom 22. Februar 2017 bis zum 9. Mai 2018 bezieht, und welche Konsequenzen gedenkt sie aus diesem Bericht zu ziehen?
73. Abgeordneter
Pascal Kober
(FDP)
- Wie viele Personen nahmen an der berufsbezogenen Deutschsprachförderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in den letzten fünf Jahren teil, und wie viele Mittel wurden hierfür ausgegeben (bitte die Jahreswerte aufführen und ebenso, wie viele Personen im Jahr 2018 bisher teilgenommen haben)?
74. Abgeordneter
Pascal Kober
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aus dem Zuwanderungsmonitor Juli 2018, dass die Sprachförderung für die Integration von Geflüchteten in Arbeit von wesentlicher Bedeutung ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

75. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten „Ereignisse“ haben nach Kenntnis der Bundesregierung einige EU-Mitgliedstaaten vorgeschlagen, um diese in der Krisenmanagementübung „Hybrid Exercise Multilayer 18“ der Europäischen Union und der NATO gegen Cyberangriffe, Fake News und Migration beüben zu können (Bundestagsdrucksache 19/4106, Antwort zu Frage 8a), und in welcher Form wurden diese Vorschläge für Übungsszenarien von dem Vorbereitungsstab aufgenommen oder zurückgewiesen?
76. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Auf welcher verfassungs- bzw. völkerrechtlichen Grundlage basiert das Vorhaben, einen dauerhaften Militärstützpunkt der Bundeswehr im Nahen Osten einzurichten, ein Gedanke, den Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen laut Presseberichten „nicht ausschließen“ will (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verteidigungsministerin-von-der-leyen-will-einen-langfristigen-bundeswehreinsatz-im-irak/23072632.html, www.german-foreign-policy.com/news/detail/7726/), und welche Ziele (politische, militärpolitische) verfolgt die Bundesregierung mit diesem Vorhaben?
77. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wurde das Bundesministerium der Verteidigung über den Moorbrand auf dem Gelände der Wehrtechnischen Dienststelle für Waffen und Munition (WTD 91) bei Meppen informiert, und wann hat die Bundeswehr um Unterstützung bei der Löschung gebeten?
78. Abgeordneter
Jens Beeck
(FDP)
- Hat die Bundesregierung bereits Erkenntnisse, wie es zu der Großlage des Moorbrandes auf dem Areal der WTD 91 bei Meppen im Emsland kommen konnte?

79. Abgeordneter
Jens Beeck
(FDP)
- Wie waren die Abläufe von Anfang September 2018 bis heute bezüglich der Koordinierung des Krisenmanagements und der Koordinierung der unterschiedlichen Einsatzkräfte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

80. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, das Mindesthaltbarkeitsdatum durch ein Verfallsdatum zu ersetzen (Datum, ab dem Lebensmittel nicht mehr genießbar sind bzw. gesundheitsschädlich werden), oder zieht sie in Erwägung, lediglich das Mindesthaltbarkeitsdatum für bestimmte langlebige Produkte wie Nudeln, Reis, Kaffee oder Tee abzuschaffen?
81. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann genau wird die Bundesregierung die von ihr angekündigte Überprüfung des Mindesthaltbarkeitsdatums durchführen, und mithilfe welcher Maßnahmen (siehe Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 90 und BILD-Zeitung vom 14. September 2018, www.bild.de/geld/wirtschaft/wirtschaft/spd-fordert-nach-bild-bericht-datum-der-mindesthaltbarkeit-abschaffen-57259344.bild.html)?
82. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Verhandlungsergebnisse sind in Anbetracht der Tatsache, dass die sechsmonatige Konsultation der Mitgliedstaaten am 26. September 2018 ausläuft (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/4421), in den Verhandlungen über Naturschutzmaßnahmen in den deutschen Meeresschutzgebieten in der „Scheveningen technical expert group“ mit den EU-Nachbarstaaten erfolgt, um die ablehnende Haltung Dänemarks und Frankreichs zum Maßnahmenvorschlag Deutschlands zu überwinden, und in welchen Punkten unterscheidet sich die geplante gemeinsame Empfehlung an die EU-Kommission vom ursprünglich vorgelegten Vorschlag?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

83. Abgeordneter
**Stephan
Brandner**
(AfD)
- Wie viele angeblich minderjährige Asylbewerber haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung nach der Fallprüfung als nicht minderjährig erwiesen, und welche Sanktionen sind für Falschangaben hinsichtlich des Alters vorgesehen?

